Wird diese Nachricht nicht richtig dargestellt, klicken Sie bitte **hier**.

KURTZNACHRICHTEN
Bürgerbrief von Sabine Kurtz

CDU BaWü

Oktober 2023

Sehr geehrte Damen und Herren,

für Anfang November hatte unsere CDU-Landtagsfraktion einen viertägigen Besuch in Israel geplant, um den stetigen Austausch auf landespolitischer Ebene zu vertiefen. Nun erreichen uns schockierende Bilder und Geschichten aus dem Land, die für mich kaum zu beschreiben und schwer zu ertragen sind. Ihnen wird es sicherlich ähnlich gehen.

Die Entwicklung im Nahen Osten beobachten wir mit größter Sorge und Trauer. Mich erleichtert, dass es schnell gelungen ist, Schülerinnen und Schüler sowie andere Gruppen aus Baden-Württemberg zurückzuholen. Die Situation vor Ort bleibt jedoch dramatisch schlimm. Für die CDU ist das Existenzrecht Israels selbstverständlich; als angegriffener Staat hat es ein eindeutig völkerrechtlich verbrieftes Recht, sich zu verteidigen. Wir hoffen vor allem auf Frieden in dieser zerrissenen Region und dass die Menschen dort ohne ständigen Terror, Angst und Gewalt leben können.

Zwischenstaatlich bedeutet die besondere Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel, dass in den letzten Jahren Freundschaften auf vielen Ebenen und quer durch alle Altersgruppen gefestigt wurden. Jetzt musste der Landkreis Karlsruhe erfahren, dass der Bürgermeister der Partnerregion Sha´ar HaNegev, Ofir Libstein, bei den Hamas-Angriffen getötet wurde. Eine bestürzende Geschichte von vielen. Innenpolitisch bedeutet die Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel umso mehr, dem Antisemitismus entschieden entgegenzutreten – egal ob er von linker, rechter oder muslimischer Seite kommt. Die grundgesetzlich verbriefte Meinungsfreiheit in Deutschland

erlaubt, für die Belange der Palästinenser zu demonstrieren. Sie erlaubt aber nicht, den Hamas-Terror zu verherrlichen, das Existenzrecht Israels infrage zu stellen, antisemitische Sprüche zu skandieren oder die Terroropfer zu verhöhnen. Hier muss in meinen Augen der Rechtsstaat unerbittlich klarmachen, dass dies auf deutschen Straßen oder in unseren Schulen keinen Platz hat!

Herzliche Grüße,
Ihre

Sabine Kurtz MdL

Aus dem Wahlkreis und Baden-Württemberg

Zu Besuch in der Flüchtlingsunterkunft Brenntenwäldle in Gäufelden.

Flüchtlingsversorgung – Überlastungsanzeigen ernst nehmen

Der Konfliktherd Israel reiht sich leider nahtlos ein in viele andere Konfliktherde auf der Welt. Wir hören und lesen von dem andauernden Krieg in der Ukraine, von Kämpfen zwischen Armenien und Aserbaidschan, dem Bürgerkrieg im Sudan, von Militärputschen in Westafrika. Gerade

diejenigen von uns, die selbst noch Krieg und seine Folgen am eigenen Leib miterlebt haben, können erahnen, in welch verzweifelter Lage sich die Menschen in den Krisengebieten befinden.

Gleichzeitig gelangt unser Asyl- und Integrationssystem an seine Grenze. Momentan kommen 1.000 Personen pro Woche in Baden-Württemberg an. Im Landkreis Böblingen waren es 350 Personen im Oktober, davon 120 aus der Ukraine. Die Aufnahmekapazitäten reichen hier noch bis Mitte November; Turnhallen und Hotels werden für die Unterbringung benötigt. Es braucht Sachbearbeiter für die Bürokratie, Integrationshelfer für die Erwachsenen, Lehrkräfte und Betreuungsplätze für die Kinder. Auf kommunaler Ebene herrscht parteiübergreifend Einigkeit, dass es so nicht weitergehen kann. Wie es Karl-Josef Laumann kürzlich in einer nachdenklichen Rede ausdrückte: „Es hat einen sehr ernsten Hintergrund, dass das Asylrecht so in unserer Verfassung steht. Aber wir werden eine gute öffentliche Stimmung für dieses Asylrecht in der Breite der Bevölkerung nur erhalten, wenn es gelingt, es auf diejenigen zu konzentrieren, die damals damit gemeint waren. Nämlich Menschen, die verfolgt werden.“ Wer aus wirtschaftlichen Gründen migriert, tut das sicherlich nicht leichtfertig, ist aber durch das Asylrecht nicht abgedeckt.

Politische Verantwortung bedeutet jetzt, nicht einfach am Außenrand zu stehen und die Lage zu beklagen, sondern die Herausforderungen konkret anzugehen – egal ob in der Regierung oder in der Opposition. Die CDU-Landtagsfraktion hat vor einigen Wochen die von uns seit längerem formulierten Forderungen zur Steuerung, Begrenzung und Organisation der Migration veröffentlicht. Landespolitisch konnten wir unseren Regierungspartner, die Grünen, dazu bewegen, einen entsprechenden Antrag zur Zuwanderungsbegrenzung im Landtag einzubringen. Bundespolitisch wurde die Bundesregierung über die Ministerpräsidentenkonferenz aufgefordert, überfällige Maßnahmen zur Ausweisung sicherer Herkunftsstaaten, der besseren finanziellen Unterstützung der Länder und Kommunen und Wichtiges mehr einzuleiten. Der Deutsche Landkreistag setzt sich für eine zügige Umstellung von Geld- auf Sachleistungen für Flüchtlinge ein, um die Attraktivität der deutschen Sozialleistungen im Vergleich zu anderen EU-Staaten zu prüfen. Nun kommt endlich Bewegung in die Thematik.

Vorbildliche Holzbauweise: Geschäftsstelle des LOGL in Weil der Stadt.

Halbzeitbilanz unserer Landesregierung – ein Schlaglicht

Politik besteht nicht nur aus dem Umgang mit akuten Krisen. Es geht auch um das langfristige Gestalten. Die entsprechenden Vorhaben werden zu Beginn einer Regierungsbildung in einem Koalitionsvertrag festgeschrieben. Nach der Hälfte der gemeinsamen Regierungsperiode lohnt es sich, zu überprüfen, wie der aktuelle Stand der Arbeit aussieht. Deswegen nehmen wir jetzt nach zweieinhalb Jahren Regierungszeit alle politischen Arbeitsfelder in den Blick.

Es handelt sich um zu viele Themen und Projekte, um sie alle hier aufzugreifen. Stattdessen möchte ich als Staatssekretärin im Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz (MLR) als einzelnes Thema unsere Holzbau-Offensive Baden-Württemberg herausgreifen. Um Holz als Baustoff noch besser zu etablieren, gehen wir mit eigenen Landesbaumaßnahmen beispielgebend voran. Außerdem haben wir bislang 15.000 Teilnehmer im Programm „Auf Holz bauen“ fortgebildet, neue Holzbau-Professuren eingerichtet und Anpassungen im Bauordnungsrecht vorgenommen. Finanzielle Förderung von Holzbaumaßnahmen sind zum Beispiel möglich über das Holz-Innovativ-Programm und das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR).

Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Baden-Württemberg hat mit 36,7% im Wohnbau und 27,1% im restlichen Sektor die höchste bundesweite Holzbauquote. Das ist gut für unsere Umwelt, denn Holz wächst nach und bindet CO2. Das freut jedoch auch die Bauherren und -frauen, denn Holz ist nicht nur ein alter und schöner, sondern auch ein moderner, innovativer und sicherer Baustoff. Bei dem übrigens die Preise aktuell nicht so explodieren wie bei Zement, Bausand und anderen Materialien.

Landesaktionswoche "Lebensmittelretter" – hier bei Edeka mit Lebensmittelretter-Tüten.

Lebensmittelrettung – neue Helden braucht das Land

Herbstliche Erntedankfeste sind eine alte, weltweite und schöne Tradition. Unsere Kirchen hierzulande begehen das Fest in der Regel am ersten Sonntag im Oktober. In einer Zeit, in der der Klimawandel die Ernten bedroht, in anderen Weltregionen Hunger herrscht und Teile unserer westlichen Gesellschaft immer mehr den Bezug zu landwirtschaftlicher Produktion verlieren, hat Erntedank eine neue Relevanz.

Gegenstück zur Dankbarkeit für „unser täglich Brot“ ist leider die Lebensmittelverschwendung. Weltweit landet jedes dritte Nahrungsmittel auf dem Müll. Rund elf Millionen Tonnen pro Jahr sind es in Deutschland. Auch wenn Teile davon unvermeidbare Abfälle sind wie z.B. Nuss- und Obstschalen, Strünke oder Kaffeesatz, handelt es sich um bestürzende Zahlen. Mehr als die Hälfte dieser Abfälle fallen in unseren privaten Haushalten an. Deswegen gilt es, die Verbraucherinnen und Konsumenten, also uns alle, auf unsere gemeinsame Verantwortung für unsere Nahrungsmittel hinzuweisen und Aufklärung und Sensibilisierung zu leisten. Einen wichtigen Beitrag zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung leisten die Tafeln, mit denen der Lebensmitteleinzelhandel eng zusammenarbeitet. Das MLR führt seit einigen Jahren die Landesaktionswoche „Lebensmittelretter – neue Helden braucht das Land“ durch. In dieser Woche Anfang Oktober habe ich wieder Supermärkte besucht, die heute schon allein aus betriebswirtschaftlichen Gründen intelligentes Warenmanagement betreiben, um Abfälle zu reduzieren. Außerdem hat unser Ministerium zusammen mit der „Straßen-Universität Stuttgart“ eine niederschwellige Informationsveranstaltung durchgeführt, in der gerettete Lebensmittel kreativ zu schmackhaften Gerichten verarbeitet wurden. Auch die CDU- Landtagsfraktion hat das

Thema Lebensmittelverschwendung aufgegriffen und dazu ein Kochbuch herausgegeben. Lassen Sie sich davon gerne inspirieren.

Terminhinweise

Weitere Informationen finden Sie hier

SABINE KURTZ

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg
Wahlkreis Leonberg — Herrenberg —Weil der Stadt

Staatssekretärin im Ministerium für Ernährung,
Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

KONTAKT

Haus der Abgeordneten
Konrad-Adenauer-Straße 12
70173 Stuttgart

Tel.: 0711 2063 8480
Fax: 0711 2063 14 951

sabine.kurtz@cdu.landtag-bw.de
www.sabine-kurtz.de

Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr empfangen möchten, können Sie ihn **hier abbestellen**.